

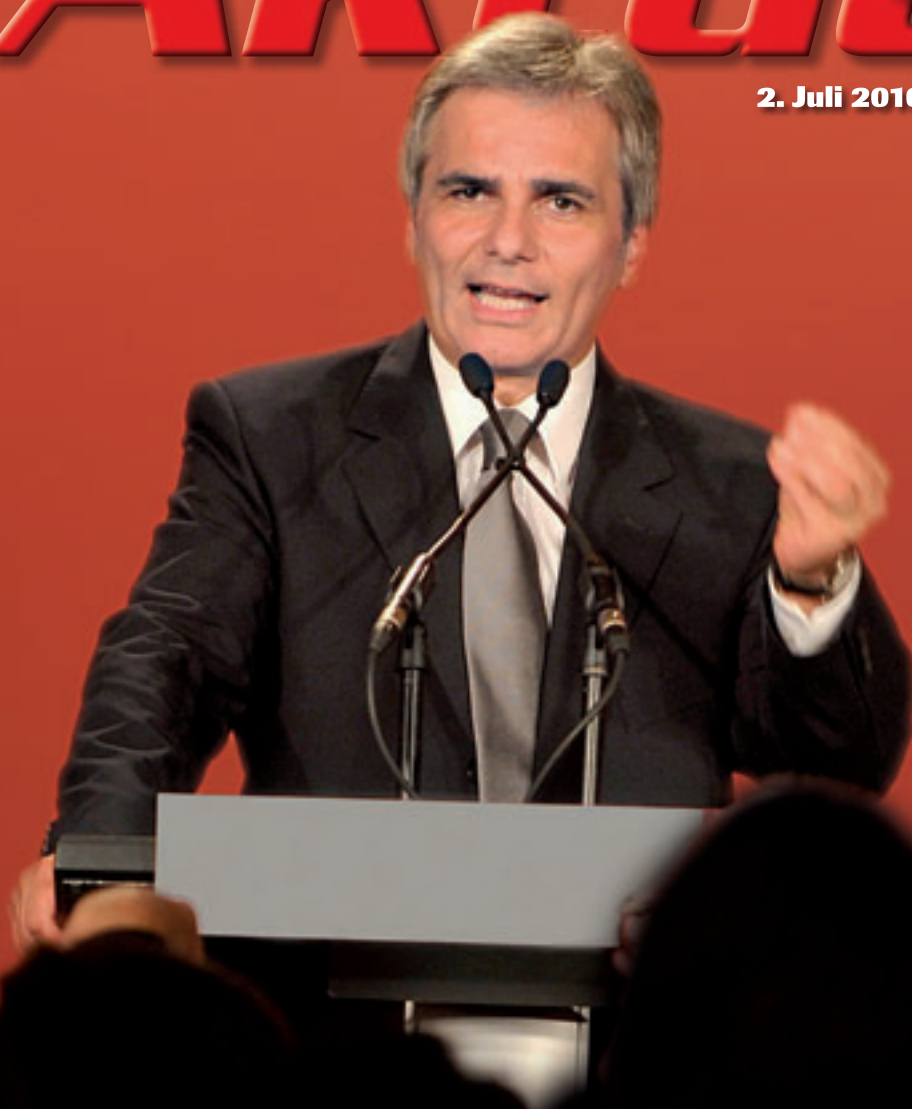
Das Wochenmagazin der SPÖ spoe.at



Aktuell

2. Juli 2010 - Nr. 25

„Österreich 2020“-Gastkommentar
von der Bundesgeschäftsführerin der
Mietervereinigung, Nadja Shah



Mindestsicherung: Werner Faymann erkämpft sozialpolitischen Meilenstein

Die SPÖ wollte sie schon lange, hat sie ins Regierungsprogramm festschreiben lassen – und jetzt wird sie umgesetzt: die Mindestsicherung, ein sozialpolitischer Meilenstein. Zwischenzeitlich hat es so ausgesehen, als würde die ÖVP sich anhaltend querlegen. Es ist schlussendlich der Leadership von Bundeskanzler Werner Faymann zu verdanken, dass die Mindestsicherung mit 1. September in Kraft treten wird. 270.000 Menschen werden von der Mindestsicherung profitieren. Sie wird viel dazu beitragen, dass Menschen wieder aus dem Armutskreislauf herauskommen. Denn Arbeit und ein regelmäßiges Einkommen sind zweifellos der beste Schutz vor Armut. Und die Mindestsicherung ermöglicht es, dass Sozialhilfeempfänger vom AMS betreut, beraten und vermittelt werden. Sie wirkt somit als Sprungbrett zurück in den Arbeitsmarkt und ist wesentlich missbrauchssicherer als die bisherige Sozialhilfe. Von Drückbergerei kann im Zusammenhang mit der Mindestsicherung also keine Rede sein, wohl aber von einem wichtigen Schritt hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit.

Eure Redaktion

Highlights der Woche

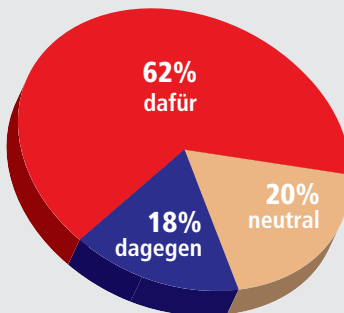
Mindestsicherung	4
Interview mit Sozialminister Rudolf Hundstorfer	5
Nationaler Aktionsplan für mehr Gleichstellung am Arbeitsmarkt	7
Umfrage zur Neuen Mittelschule.....	9
„Österreich 2020“-Kommentar von Mietervereinigung-Geschäftsführerin Nadja Shah zur Wohnpolitik	14

Hochschuldialog: SPÖ gegen Barrieren

Bei der Abschlussveranstaltung des Dialogs Hochschulpartnerschaft betonten Bildungsministerin Claudia Schmied und SPÖ-Wissenschaftssprecherin Andrea Kuntzl, dass mehr junge Menschen ein Studium beginnen und abschließen sollen. Für Schmied ist klar, dass es „keine finanziellen und sozialen Barrieren geben darf“. Die Ministerin verdeutlichte weiters: „Bildung ist die zentrale Verantwortung des Staates und erfordert Investitionen in unser Bildungssystem.“ Außerdem müsse laufend in die Verbesserung der Studienwahlvorbereitung investiert werden. Kuntzl plädierte dafür, die soziale

THEMEN DER WOCHE

62% für vermögensbezogene Steuern



Quelle: Karmasin, Grafik: SPÖ

Mehrheit befürworten vermögensbezogene Steuern

62 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher sind für die Einführung von vermögensbezogenen Steuern, so eine aktuelle Umfrage von der Karmasin Motivforschung. Die SPÖ hat sich klar für vermögensbezogene Steuern z.B. die Vermögenszuwachssteuer ausgesprochen. Immerhin werden auch Lohn Einkünfte und Sparzinsen laufend besteuert.

mitreden.spoe.at

Meinungsforum:

Mindestsicherung: Warum ist sie so wichtig?

270.000 Österreicherinnen und Österreicher profitieren von der Mindestsicherung. Die Menschen sind nun im Notfall abgesichert und es wird ihnen geholfen, auf den Weg zurück in den Arbeitsmarkt zu finden.

Diskutieren Sie auf www.spoe.at, warum es so wichtig war, diese Maßnahme einzuführen.



HBF

Verteidigungsminister Norbert Darabos setzt eine langjährige SPÖ-Forderung durch.

Sicherheitsdoktrin: ÖVP schwenkt auf SPÖ-Linie ein

In der Frage der österreichischen Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin kommt Bewegung in die Volkspartei: Nach ersten Gesprächen zwischen Verteidigungsminister Norbert Darabos und Außenminister Spindelegger soll die NATO-Beitritts-Option nun gestrichen werden – eine Kooperation und Partnerschaft ist jedoch erwünscht. Damit setzt Darabos eine langjährige Forderung der SPÖ durch. Der Verteidigungsminister möchte in der neuen Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin die Prioritäten auf Katastrophenschutz im Inland und Auslandseinsätze legen. Über den Sommer wird eine Grundlage für die parlamentarische Diskussion erarbeitet, die dann im Herbst beginnen soll.

Zitat der Woche

„Als viertreichstes Land der Europäischen Union müssen wir den Mut haben, die Armut zu bekämpfen.“

Bundeskanzler Werner Faymann zur Mindestsicherung

Kaufmann



SPÖ-Frauensprecherin Gisela Wurm fordert von der EU konkrete Maßnahmen zur Gleichstellung von Frau und Mann.

EU-Frauencharta: Bekenntnis zur Gleichstellung

Mit der anlässlich des Internationalen Frauentages 2010 präsentierten EU-Frauencharta „demonstriert die EU nochmals ihr Engagement in Sachen Gleichstellungspolitik“, so SPÖ-Frauensprecherin Gisela Wurm. Es sei nun unabdingbar, dass das Bekenntnis zur Gleichstellung durch konkrete Maßnahmen umgesetzt wird. „Nur so lässt sich beurteilen, ob das Bekenntnis zur umfassenden Gleichstellung von Frauen und Männern ernst gemeint ist“, betont Wurm, die auch in Österreich noch Nachholbedarf bei der Gleichstellungspolitik sieht.



Lehmann

Es muss gelingen, die Akademikerquote zu erhöhen und die Situation an den Unis zu verbessern. (im Bild: Universität Wien)

Durchlässigkeit an den Unis zu steigern. Zugangsbeschränkungen stehe sie daher ablehnend gegenüber, erklärte die SPÖ-Wissenschaftssprecherin.



STANDPUNKT

Armut darf sich eine Gesellschaft nicht leisten!

Die ÖVP hat ihre Blockadehaltung in Sachen Mindestsicherung endlich aufgegeben. Damit steht einem Inkrafttreten dieses wichtigen sozialpolitischen Meilensteins mit 1. September 2010 nichts mehr im Wege. Österreich übernimmt damit eine Vorreiterrolle in Europa und zeigt klar, dass im Mittelpunkt der Arbeit einer sozialdemokratisch geführten Regierung immer der Mensch steht.

Endlich hat die ÖVP von ihrer Nein-Sager-Mentalität Abstand genommen und dem Inkrafttreten der Mindestsicherung mit 1. September 2010 zugestimmt. Hat die ÖVP bisher auf die Einführung eines Transferkontos für Sozialtransfers bestanden, ist es uns gelungen eine Transparenzdatenbank durchzusetzen, mit der erstmals auch sichtbar wird, wer im Agrar- und Unternehmensförderungsbereich wie viel an Förderungen bekommt, wie auch Steuervorteile bei der Gruppenbesteuerung und Stiftungen. Die nun zwischen SPÖ und ÖVP vereinbarte Form der Transparenzdatenbank hat ihren Namen auch wirklich verdient: Doppelgleisigkeiten können somit erfasst und bei Bedarf beseitigt werden. Davon unabhängig wurde die Mindestsicherung beschlossen. Ein sozialpolitischer Meilenstein, auf den über 270.000 Menschen in Österreich gewartet haben.

Die Schwächsten unserer Gesellschaft haben die Krise nicht verursacht

Während in anderen europäischen Ländern der Sparstift gerade bei den sozial Schwächsten angesetzt wird, werden die Maschen des österreichischen Sozialnetzes jetzt noch enger geknüpft. Die Sozialdemokratie hat sich immer geschlossen und mit aller Kraft gegen die Kürzung von Sozialleistungen und gegen Belastungen für den Mittelstand gewehrt. Denn, und

„Für die SPÖ gehen Armutsbekämpfung und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen immer Hand in Hand, denn ein fixer Arbeitsplatz und regelmäßiges Einkommen sind immer noch der beste Schutz vor Armut.“

dies kann nicht oft genug betont werden: Die Stärke einer Gesellschaft zeichnet sich dadurch aus, wie sie mit den Schwächsten umgeht. Armut ist kein geeignetes Mittel für Populismus oder verworrene Politstrategien. Denn die Schwächsten unserer Gesellschaft haben die Krise nicht verursacht, leiden aber besonders unter den Folgen. Es sind die sozial Schwächsten, die durch die Folgen der Krise keinen Arbeitsplatz mehr finden, die vom Schicksal schwer getroffen wurden und nun nicht mehr wissen, wie sie ihre Familie durch den nächsten Tag bringen sollen. Man muss hier gar nicht die besonders tragischen, extremen Schicksale anführen, um deutlich zu machen, was Armut bedeutet. Arm zu sein heißt, dass man nicht weiß, wie man die Heizung und den Strom bezahlen soll und seinen Kindern selbst die bescheidensten Wünsche nicht erfüllen kann. Arm zu sein heißt auch in einer Abwärtsspirale gefangen zu sein, sich die Nachhilfe für die Kinder nicht leisten zu können, keinen Anzug für ein Vorstellungsgespräch zu besitzen,

oder sich die Reparatur des Warmwasserboilers nicht leisten zu können. In Österreich leben insgesamt 165.000 Sozialhilfebezieherinnen und Sozialhilfebezieher, 30 Prozent davon sind Kinder. Laut Diakonie leben schon jetzt in Österreich 53.000 Kinder in Wohnungen, die im Winter nicht warm gehalten werden können. Europaweit sind schon jetzt 40 Millionen Menschen von Armut gefährdet und die Zahl steigt stetig an – laut Schätzungen werden es bald 50 Millionen sein.

Österreich nimmt Vorreiterrolle ein

Mit der Einführung der Mindestsicherung, die ein bundesweit einheitliches Niveau im Kampf gegen Armut schaffen wird, wird Österreich eine Vorreiterrolle in Europa einnehmen. Für die SPÖ gehen Armutsbekämpfung und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen immer Hand in Hand, denn ein fixer Arbeitsplatz und regelmäßiges Einkommen sind immer noch der beste Schutz vor Armut. Hilfe zur Selbsthilfe ist ein wesentlicher Punkt der neuen Mindestsicherung, da Sozialhilfeempfänger erstmals vom AMS betreut und somit wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden. Auch nach dem Beschluss dieses sozialpolitischen Meilensteins dürfen wir nicht die Hände in den Schoß legen. Wir haben in allen gesellschaftspolitischen Bereichen noch eine Menge zu tun. Denn Armut darf sich ein Land wie Österreich nicht leisten. ♦

MINDESTSICHERUNG

Start mit 1. Sep

Nach monatelangen Verhandlungen gibt die ÖVP ihre Blockadehaltung bei der Mindestsicherung auf. Somit wird dieser sozialpolitische Meilenstein, von dem 270.000 Menschen profitieren, endlich Realität.



Spöla

Arbeit und ein regelmäßiges Einkommen sind der beste Schutz vor Armut. Die Mindestsicherung gibt Hilfe zur Selbsthilfe, da Sozialhilfeempfänger vom AMS betreut, beraten und vermittelt werden.

„Wir sind für Transparenz in allen Bereichen. Es darf keine dunklen Ecken geben.“

Bundeskanzler Werner Faymann zur Transparenzdatenbank

Eine Million Menschen sind in Österreich armutsgefährdet, sechs Prozent der Österreicherinnen und Österreicher sind von manifester Armut betroffen. „Als viertreichstes Land der Europäischen Union müssen wir den Mut haben, die Armut zu bekämpfen“, betonte Bundeskanzler Werner Faymann nach der Einigung zur Mindestsicherung. Die Mindestsicherung wird nun wie geplant mit 1.

September 2010 in Kraft treten und die Sozialhilfe bundesweit vereinheitlichen. 270.000 Menschen österreichweit werden von diesem Meilenstein profitieren. „Österreich nimmt damit europaweit eine Vorreiterrolle bei der Armutsbekämpfung ein“, zeigt sich SPÖ-Sozialsprecherin Renate Csörgits über die Einigung erfreut. Dass die ÖVP nun auch, unabhängig von der Mindestsicherung, einer Transparenzdatenbank für öffentliche Transfers zugestimmt hat, beweist, dass die Regierung, wenn es darauf ankommt, Differenzen und unterschiedliche Meinungen zu einem guten Ergebnis führen kann. „Wir werden gerecht sparen und Armut bekämpfen“, erklärt der Bundeskanzler.

Weiter auf Seite 6

Geplante Transparenzdatenbank

- Gesetzesentwurf bis Anfang Sept. 2010
- Mit 1.1.2010 in Kraft
- Vereinbarung mit den Ländern bis 30.6.2011
- Spätestens mit 1.1.2012 bundesweit im Einsatz

Wichtigste Inhalte:

- Transferleistungen (z.B. Familienbeihilfe, Pflegegeld)
- Förderungen für die Wirtschaft (z.B.: Landwirtschaft, Forschung)
- Steuerersparnisse (z.B.: Stöhlungen)
- Sozialversicherungsleistungen (z.B.: Arbeitslosengeld, Pensionen)
- Sachleistungen (z.B.: Gartengrundstücke, Gesundheitsleistungen)

tember fix!

INTERVIEW

„Die Mindestsicherung ist ein Sprungbrett in den Arbeitsmarkt“

Sozialminister Rudolf Hundstorfer im Gespräch mit „SPÖ Aktuell“ über den sozialpolitischen Meilenstein Mindestsicherung und eine Transparenzdatenbank „die diesen Namen auch wirklich verdient“.

SPÖ Aktuell: Herr Sozialminister, nach dem Einlenken der ÖVP steht nun der Einführung der Mindestsicherung mit 1. September nichts mehr im Wege.

Rudolf Hundstorfer: Ja, es ist wirklich erfreulich, dass dieser wichtige sozialpolitische Meilenstein nun wie geplant in Kraft treten kann. Die Mindestsicherung ist ein wesentlicher Schritt zur Vereinheitlichung der Sozialhilfe durch einen Grundbetrag von 558 Euro. Sollte der Empfänger oder die Empfängerin zusätzlich noch Anspruch auf einen Wohnanteil haben, kommen noch 186 Euro dazu. Weiters wird mit Einführung der Mindestsicherung ein einheitlicher Vermögensbegriff geschaffen und die stigmatisierenden Sozialhilfekrankenscheine gehören endlich der Vergangenheit an, da jeder Betroffene eine E-Card erhält. Der wichtigste Unterschied zwischen Sozialhilfe und Mindestsicherung liegt aber in der Kombination mit der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Sozialhilfeempfänger werden vom AMS betreut, müssen dem österreichischen Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Zahlreiche Modellprojekte haben es bereits gezeigt: Die Mindestsicherung ist ein Sprungbrett zurück in den Arbeitsmarkt.

Was passiert in jenen Ländern, die es nicht rechtzeitig schaffen, die Mindestsicherung in Kraft treten zu lassen?

Hundstorfer: Der 1. September 2010 ist als Inkrafttretungsdatum der Mindestsicherung vereinbart und dies ist absolut machbar. Jene Bundesländer, die für die Beschlussfassung in ihren jeweiligen Landtagen länger brauchen, haben durchwegs klargestellt, dass die Mindestsicherung dann rückwirkend gelten wird. Entgegen

der falschen Behauptungen von FPÖ und Co. haben Drittstaatsangehörige – wie beispielsweise türkische Staatsbürger – erst nach fünf Jahren legalem Aufenthalt in Österreich Anspruch auf die Mindestsicherung. Sozialtourismus wird somit unmöglich sein. Und was auch neu ist: Sollten die Empfänger nicht bereit sein, wieder ins Erwerbsleben einzusteigen, kann die Mindestsicherung gegebenenfalls auch gekürzt werden.

Die ÖVP hat nun ja auch der Transparenzdatenbank nach dem Vorschlag von Bundeskanzler Werner Faymann zugestimmt. Wo genau liegen die Unterschiede zwischen dem VP-Vorschlag eines Transfer-

kontos und der jetzigen Transparenzdatenbank?

Hundstorfer: Die ursprüngliche Forderung der Volkspartei hätte nur die Sozialleistungen erfasst, dem haben wir aber eine klare Absage erteilt. Wir als Sozialdemokraten waren immer für Transparenz, aber für Transparenz auf allen Ebenen. Die jetzige Form Transparenzdatenbank hat ihren Namen auch wirklich verdient, da hier alle staatlichen Transferleistungen wie Förderungen für die Wirtschaft, Steuerersparnisse, Sozialversicherungsleistungen sowie Sachleistungen aufgeführt werden. Dieses Modell geht jetzt einmal in die Konzeption und das Bundesgesetz wird dann die Details regeln. ♦

„Die jetzige Form Transparenzdatenbank hat ihren Namen auch wirklich verdient, da hier alle staatlichen Transferleistungen Förderungen für die Wirtschaft, Steuerersparnisse, Sozialversicherungsleistungen sowie Sachleistungen aufgeführt werden.“

Sozialminister Rudolf Hundstorfer



picturedesk

„Der Weg für die Mindestsicherung ist frei - der SPÖ-geführten Bundesregierung ist ein Meilenstein zur Armutsbekämpfung gelungen.“

SPÖ-Sozialsprecherin Renate Csörgits

Transparenz auf allen Ebenen

„Die politische Vernunft hat sich durch-

gesetzt“, begrüßt SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas das Einlenken der ÖVP in Sachen Transparenzdatenbank. Nun werden alle Transferleistungen – Wirtschaftsförderung, Agrarförderungen, Steuerersparnisse, Sozialversicherungsleistungen und Sachleistungen – darin aufgeführt werden. Bundeskanzler Werner Faymann stellte hierzu klar: „Wir sind für Transparenz in allen Bereichen. Es darf keine dunklen Ecken geben.“ Bei der Transparenzdaten-

bank hat man nun bis 30. Juni 2011 Zeit, mit den Bundesländern über die Einspeisung ihrer Transferleistungen in die Datenbank zu verhandeln. „Wer fordert, dass Geld dort vorhanden ist, wo es dringend gebraucht wird, muss auch dafür sein, dass eingespart wird, wo es möglich ist. Das ist nur durch Transparenz möglich. Unser Pfad heißt sparen und gleichzeitig die soziale Ausgewogenheit sicherstellen, es gibt kein entweder-oder“, stellte Faymann klar. ♦

INFO

Das Wichtigste zur Mindestsicherung

Für Sozialhilfebezieher gelten mit Einführung der Mindestsicherung die gleichen strengen Kriterien wie für Bezieher des Arbeitslosengeldes und der Notstandshilfe. Aufgrund des Datenabgleichs zwischen dem Arbeitsmarkt-Service (AMS) und den Ländern sowie der bundesweit einheitlichen Regelungen ist die Mindestsicherung auch wesentlich missbrauchssicherer als die bisherige Sozialhilfe.

■ Die Länder tragen die Anhebung der Sozialhilferichtsätze bis zu 50 Millionen. Davon profitieren 165.000 Sozialhilfebezieher der Länder, 90.000 von Leistungen des Bundes in der Notstandshilfe und 15.000 Kinder von Mindestpensionisten.

■ Verbesserung der Sozialhilfe der Länder auf ein einheitliches Mindestniveau in der Höhe des Ausgleichszulagenrichtsatzes aus dem ASVG (dzt. 744 Euro pro Monat inkl. Wohnanteil)

■ Alle Bezieher der Mindestsicherung werden vom Arbeitsamt betreut und müssen diesem zur Verfügung stehen. Dafür wird das AMS-Personal aufgestockt.

■ Sozialhilfebezieher werden endlich richtig versichert. Stigmatisierende Sozialhilfekrankenscheine gehören damit der Vergangenheit an, der hohe administrative Aufwand (Einzelabrechnung) hat ein Ende.

■ Die Differenz zwischen Mindestsicherung

und Mindestlohn ist nach wie vor erheblich. Ein Bezieher der Mindestsicherung erhält im Jahr 8.928 Euro. Der Mindestnettolohn eines Arbeiters macht im Jahr hingegen 11.892 Euro aus. Das sind um 2.964 Euro oder um 33,2 Prozent mehr.

■ Es wird klare Ausnahmen für die Vermögensverwertung (z.B. benötigtes KFZ, Hausrat, Gegenstände zur Erwerbsausübung) sowie einen festgelegten Vermögensfreibetrag in Höhe von 3.665 Euro geben. Eine Sicherstellung im Grundbuch von nicht verwertbaren Liegenschaften (z.B. selbst bewohntes Haus) erfolgt erst nach sechs Monaten.

FALLBEISPIELE

Vollsozialhilfeempfänger:

Andreas B., 31, kann aufgrund einer schweren Erkrankung keiner Erwerbstätigkeit mehr nachgehen.

Grundbetrag	558,- Euro (75% des Mindeststandards v. 744,-)
Wohnkostenanteil	186,- Euro (25% des Mindeststandards v. 744,-)
Anspruch inkl. Wohnkostenanteil	744,- Euro

Alleinerzieherin: Elisabeth H., Alleinerzieherin mit zwei minderjährigen Kindern, arbeitet als Teilzeitkraft (20 Stunden) bei einer Handelskette und bezieht ein monatliches Nettoeinkommen von 500 Euro. Für die Kinder leistet der ehemalige Lebensgefährte und Vater der Kinder einen Unterhalt in Höhe von 200 Euro. Sie kann aufgrund ihrer Betreuungspflichten keine Vollzeitbeschäftigung aufnehmen.

Grundbetrag	759,- Euro (75% des Mindeststandards für 1 Erw. und 2 Kinder, = 744 + 2x 134)
Wohnkostenanteil	253,- Euro (25% des Mindeststandards für 1 Erw. und 2 Kinder)
Eigenes Einkommen	500,- Euro (wird vom Grundbetrag abgezogen)
Unterhalt für Kinder	200,- Euro (wird vom Grundbetrag abgezogen)
Anspruch inkl. Wohnkostenanteil	312,- Euro

Familie: Familie K. hat zwei Kinder, der Familienvater ist arbeitslos und bezieht eine Leistung aus der Arbeitslosenversicherung in Höhe von 800 Euro. Frau K. verfügt über kein eigenes Einkommen.

Grundbetrag	1.038,- Euro (75% des Mindeststandards für Paare und 2 Kinder, = 1.116 + 2x 134)
Wohnkostenanteil	346,- Euro (25% des Mindeststandards für Paare und 2 Kinder)
Arbeitslosengeld	800,- Euro (wird vom Grundbetrag abgezogen)
Anspruch inkl. Wohnkostenanteil	584,- Euro

FRAUEN

„Die Wirtschaft muss weiblicher werden“

Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek hat das ExpertInnenpapier zum Nationalen Aktionsplan (NAP) für mehr Gleichstellung am Arbeitsmarkt präsentiert.

„Ich selbst bin in diesem Dialog, der vor etwa einem Jahr begonnen hat und jetzt abgeschlossen ist, vielleicht oft die lästigste Person gewesen.“

**Frauenministerin
Gabriele Heinisch-Hosek**

Wir haben das Rad nicht neu erfunden, aber wir haben gemeinsam etwas entwickelt, das nun Schritt für Schritt umgesetzt werden kann. Dabei war es wichtig, dass alle Beteiligten aktiv mitgewirkt haben: alle Ministerien, die Sozialpartner, die Industriellenvereinigung, NGOs und über 150 Expertinnen und Experten“, betonte Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek bei der Präsentation des ExpertInnenpapiers zum Nationalen Aktionsplan für mehr Gleichstellung am Arbeitsmarkt (NAP). Das Vortreiben der tatsächlichen Gleichstellung sei nicht nur aus Gerechtigkeitsgründen notwendig, sondern auch weil es wirtschaftlich Sinn macht – einfach deshalb, weil die Gleichstellung mehr Wirtschaftswachstum bringen wird, wie eine aktuelle EU-Studie zeigt. Österreich ist von der tatsächlichen Gleichstellung zwischen Männern und Frauen noch ein gutes Stück entfernt. Darum wurde die Frauenministerin von der Bundesregierung beauftragt, einen NAP zur Gleichstellung von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt zu koordinieren.

55 ExpertInnen-Empfehlungen

Es liegen jetzt 55 konkrete Empfehlungen vor, unter anderem der weitere Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen. Aus Sicht der Frauenministerin spricht viel dafür, diesen fortzusetzen. Um die Finanzierung auch in den kommenden drei Jahren sicherzustellen, greift die Frauenministerin daher einen Vorschlag des Wifo auf und schlägt vor, den Alleinverdienerabsetzbetrag für Eltern, die keine Kinder (mehr) betreuen, zu strei-



155 ExpertInnen haben 55 Vorschläge zur Arbeitsmarkt-Gleichstellung vorgelegt. Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek will fünf davon vordringlich umsetzen.

chen. Das sind etwa 60 Millionen Euro, die in den nächsten drei Jahren in die Kinderbetreuung investiert werden könnten – Ausnahmen bei Härtefällen sind zu diskutieren.

Weiters wird die Frauenministerin im Herbst einen Schwerpunkt in Sachen Väterkarenz setzen und gemeinsam mit Bildungsministerin Claudia Schmied sollen die Anstrengungen verstärkt werden, Mädchen für „Männerberufe“ zu interessieren. Ein Vorschlag, den die Frauenministerin aufgegriffen und dem Koalitionspartner vorgelegt hat, ist eine freiwillige Selbstverpflichtung für staatsnahe Betriebe, um mehr Frauen in Aufsichtsräten zu positionieren. Um eine bessere Vorstellung darüber zu bekommen, was in welcher Branche verdient werden kann, ist daran gedacht, nach Schweizer Vorbild einen Lohn- und Gehaltsrechner anzubieten.

Überholte Rollenklischees abbauen

„Schluss mit Ausreden der Wirtschaftsbosse“, so kommentierte SPÖ-Frauensprecherin Gisela Wurm den NAP und meinte weiter: „Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek ist es gelungen, alle wesentlichen

Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger an einen Tisch zu holen und statt den üblichen beschwichtigenden Worten Lösungen einzufordern und diese auch zu bekommen.“ SPÖ-Bundesfrauengeschäftsführerin Andrea Mautz hielt anlässlich der NAP-Präsentation fest: „Überholte und hinderliche Rollenklischees und Stereotype sollen endlich abgebaut werden.“ ♦

INFO

Vorrangige Projekte zur Gleichstellung der Frauen am Arbeitsmarkt

- ▶▶ Kinderbetreuung ausbauen
- ▶▶ Stärkung der Väterkarenz
- ▶▶ Verpflichtende Berufsorientierung in der 7. und 8. Schulstufe
- ▶▶ Selbstverpflichtung für mehr Frauen in den Führungsetagen der staatsnahen Betriebe
- ▶▶ Lohn- und Gehaltsrechner, um ersichtlich zu machen, was in welcher Branche verdient werden kann.

STÄDTE UND GEMEINDEN

Kommunen müssen finanziell entlastet werden

Angesichts der sich dramatisch entwickelnden finanziellen Situation der Kommunen fordert SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter umfassende Finanz- und Strukturreformen für Städte und Gemeinden.



Bei gleichbleibender Entwicklung wären 2013 mehr als ein Drittel der Gemeinden de facto konkursreif.

Fotolia

die Ausgaben. Der Konsolidierungsbedarf der Kommunen steigt zwischen 2010 und 2013 von 1 auf rund 1,5 Milliarden Euro. „Bei gleichbleibender Entwicklung könnten im Jahr 2013 fast 100 Prozent der Gemeinden den ordentlichen Haushalt nicht mehr ausgleichen, mehr als ein Drittel wäre de facto konkursreif“, warnt SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter eindringlich und fordert Finanzminister Pröll auf, endlich Verantwortung zu zeigen: „Schluss mit der Schönfärberei!“

Finanzkraft stärken

„Völlig realitätsfern“ sei der von Pröll ins Finanzrahmengesetz hineinreklamierte Konsolidierungsbeitrag von Gemeinden

und Ländern in Höhe von 800 Millionen bis 2014. „Ich fordere Josef Pröll auf, kein Geld aus den finanzmaroden Gemeinden herauszupressen, sondern Vorschläge für eine verstärkte Finanzautonomie und Einnahmenhoheit der Gemeinden auf den Tisch zu legen“, so Kräuter. Gemeinden müsse ermöglicht werden, über neue Gemeindesteuern die eigene Finanzkraft zu stärken.

Von der Landeshauptleute-Konferenz erwartet sich Kräuter eine Initiative zur Neustrukturierung und Entflechtung der Transferströme zwischen Ländern und Gemeinden: „Es muss zu einem Abbau der belastenden Kofinanzierungen der Gemeinden zugunsten von Länderaufgaben kommen“, fordert SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter. ♦

BUWOG

Grasser blitzt mit Klage gegen Kräuter ab

Ex-Finanzminister Grasser ist im Rechtsstreit mit der SPÖ mit seinem Antrag auf Erlassung einer Einstweiligen Verfügung gegen die SPÖ und Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter abgeblitzt.

Der Stein des Anstoßes war folgende SPÖ-Behauptung: „Grasser ist nicht der erste Politiker in Bedrängnis, der selbst einen U-Ausschuss verlangt, hinter den Kulissen aber über alte Seilschaften alles daran setzt, eine parlamentarische Untersuchung zu verhindern.“

Das Gericht hat Grassers Antrag nun abgewiesen. Laut Handelsgericht hat der Ex-Minister in einer Pressekonferenz im Mai ein Protokoll des Ständigen Unterausschusses des Rechnungshofausschusses präsentiert, um sich von den Vorwürfen in Sachen Buwog-Privatisierung zu entlasten. Das Papier soll ihm von der ÖVP zugespielt worden sein.

Äußerung liegt im Rahmen des Zumutbaren

„Bei der Äußerung handelt es sich um eine Tatsachenbehauptung, die grundsätzlich dem Beweis zugänglich ist, wenngleich Günther Kräuter von seiner Einschätzung des Sachverhalts spricht“, kommt das Handelsgericht zum Schluss. Im Beschluss heißt es auch: „Die Äußerung liege im Rahmen des in der politischen Kontroverse Zumutbaren.“ Und weiter: „Ein begründeter Verdacht liegt vor. Der Besitz des vertraulichen Ausschussprotokolls (...) indiziert, dass Grasser (...) tatsächlich seine politischen Verbindungen nutzte, um Vorwürfen im Zusammenhang mit seiner Amtsführung entgegenzutreten.“ ♦



Zinner

Der Antrag von Ex-Minister Grasser auf Erlass einer Einstweiligen Verfügung gegen die SPÖ und SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter wurde abgewiesen.

BILDUNG

Große Zufriedenheit mit der Neuen Mittelschule

Es wird Zeit, dass die ÖVP bei der gemeinsamen Schule endlich von der Bremse steigt. Denn eine neue Umfrage zeigt: Die Neue Mittelschule (NMS) ist ein Erfolgsprojekt, mit dem die Eltern hoch zufrieden sind. 80 Prozent der Befragten haben von der NMS ein überaus positives Bild.

Fotolia



Neun von zehn Befragten geben an, dass ihr Kind gern diese gemeinsame Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen besucht.

An die 500 Eltern von Kindern, die die Neue Mittelschule besuchen, hat das renommierte Meinungsforschungsinstitut IFES zum Thema „Zufriedenheit mit der Neuen Mittelschule“ befragt. Schon der große Andrang der Eltern und Kinder an die Neue Mittelschule hat bewiesen, dass diese Schulform ein voller Erfolg ist. Mit der IFES-Umfrage liegen nun Zahlen vor, die diesen Erfolg schwarz auf weiß untermauern. So zeigt sich, dass das Schul- und Klassenklima in der NMS sehr positiv bewertet wird – 83 Prozent der befragten Eltern gaben hier die Höchstnoten 1 und 2. Vom Engagement der Lehrerinnen und Lehrer haben 86 Prozent der Befragten einen positiven Eindruck und rund acht von zehn Eltern sind von der Unterrichtsarbeit an der Neuen Mittelschule sehr angetan. Der überwiegende Teil der Eltern – nämlich 80 Prozent – hat von der Neuen Mittelschule ein positives Bild (siehe nebenstehende Grafik). Außerdem hat ein großer Teil der Eltern den Eindruck, dass ihr Kind gerne in die Neue Mittelschule geht. Neun von

zehn Befragten geben an, dass ihr Kind gern diese gemeinsame Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen besucht, in der das individuelle Fördern der Schülerinnen und Schüler im Zentrum steht. Angesichts dieser beeindruckenden Zahlen erwartet Bildungsministerin Claudia Schmied, dass es gelingt, „von den Prototypen der gelungenen Schulmodelle quasi in die Serienproduktion zu kommen“. Für Schmied ist außerdem klar, dass sich die „ÖVP nicht auf Dauer gegen die Eltern stellen kann“. Und auch SPÖ-Bildungssprecher Elmar Mayer betonte: „Wir müssen in der bildungspolitischen Debatte endlich weg von Ideologien und hin zu der Frage: Was wollen wir für die nächste Generation im Bereich der Bildung tun?“

Deutlich geringere Nachhilfekosten

Wie erfolgreich und notwendig die Neue Mittelschule ist, zeigt sich auch anhand der Frage der bezahlten Nachhilfe. Während laut einer Erhebung der Arbeiter-

kammer Wien im Gesamtschnitt aller Schulformen rund 21 Prozent der Kinder bezahlte Nachhilfe brauchen, ist dieser Wert an der Neuen Mittelschule nur halb so hoch. Lediglich 12 Prozent der Eltern, deren Kind die Neue Mittelschule besucht, sagen, dass sie für ihr Kind schon einmal Nachhilfe benötigt haben – vor allem vor Prüfungen und Schularbeiten. Durch einen Ausbau der schulischen Fördermaßnahmen soll die bezahlte Nachhilfe so weit verringert werden, dass sie wirklich nur mehr in Ausnahmefällen nötig ist. ♦



Christandl

Bildungsministerin Claudia Schmied: Die Neue Mittelschule, die es ab Herbst an 320 Standorten gibt, soll eine „Kultur der Begeisterung“ ausstrahlen.

Beste Werte für die Neue Mittelschule

So viele Eltern haben einen sehr guten bzw. guten Eindruck von der Neuen Mittelschule in folgenden Bereichen:

Schul- und Klassenklima	83%
Gesprächsklima zw. Eltern & Lehrkräften	85%
Engagement der Lehrer	86%
Unterrichtsarbeit	79%
Neue Mittelschule insgesamt	80%

Quelle: IFES | Grafik: SPÖ

Herausragend positiv wird die Neue Mittelschule von den Eltern in sämtlichen Kategorien beurteilt.

BILDUNGS-ENQUETE

Mehr Verantwortung und Autonomie für Schulen

Bildungsministerin Claudia Schmied fordert mehr Mut vom Regierungspartner bei der Umsetzung der Bildungsreformen und spricht sich für klare Verantwortung am Schulstandort aus.



Für eine Reform der Schulverwaltung sprachen sich Bildungsministerin Claudia Schmied und SPÖ-Klubobmann Josef Cap aus.

Dir wollen ein leistungsfähiges Bildungssystem haben. Dafür müssen wir den Mut zur Gleichzeitigkeit in der Bildungspolitik aufbringen“, so Schmied bei der SPÖ-Klubenquete „Auf

dem Weg zur selbständigen Schule – Ideen für eine moderne Schulverwaltung des 21. Jahrhunderts“ im Rahmen der Initiative „Österreich 2020“. Das neue Lehrerdienstrecht, die neue Lehrerbildung und eine Verbesserung der Schulverwaltung sollen im Herbst intensiv vorbereitet werden.

Wichtig in der Schulverwaltung sei eine Steuerung auf Mikroebene, also mehr Verantwortung für die einzelnen Schulstandorte, gleichzeitig aber auch eine einheitliche Gesetzgebung und Vollziehung durch den Bund, so Schmied. „Wir müssen eine differenzierte Bildungspolitik entwickeln und faire, transparente und nachvollziehbare Rahmenbedingungen für die Schulen schaffen“, betonte die Bildungsministerin. „Eine Hauptschule am Reumannplatz hat andere Anforderungen als eine in Reichenau an der Rax.“ Ob es

z.B. Förderunterricht, Team-Teaching oder inhaltliche Schwerpunkte gibt, soll der Schulstandort entscheiden können.

Effektivität und Transparenz gefordert

Auch SPÖ-Klubobmann Josef Cap und SPÖ-Bildungssprecher Elmar Mayer sprachen sich bei der Enquete für eine Reform der Schulverwaltung aus: „Nicht nur wegen der derzeitigen Krise ist es wichtig, die Frage nach mehr Effektivität in der Schulverwaltung zu stellen. Hier braucht es mehr Qualität und Transparenz“, so Cap. „Eine Reform ist dringend notwendig. Einerseits muss zielgerichtet investiert werden, andererseits muss es uns gelingen, das Qualitätsniveau in den Schulen zu heben“, so Mayer, der in mehr Eigenverantwortung und Autonomie der Schulen wichtige Faktoren für eine Steigerung der Effizienz sieht. ♦

WIRTSCHAFTS-ENQUETE

Her mit dem guten Leben!

Bei der SPÖ-Enquete „Alternativen und Erweiterungsmöglichkeiten zum BIP“, die zusammen mit dem Wiener Rathausklub und der Initiative „Österreich 2020“ veranstaltet wurde, gab es rege Diskussionen zum Thema „Her mit dem guten Leben!“.

Der Sozialstaat muss Schicksale korrigieren. Ob man gesund ist und Arbeit hat, hat nicht immer was mit persönlicher Leistung oder persönlicher Schuld zu tun. Aufgabe eines Sozialstaates ist es, nicht nur Suppenküchen für Arme aufzustellen, sondern die strukturellen Ursachen für Benachteiligungen abzuschaffen“, so SPÖ-Sozialsprecherin Renate Csörgits. Und weiter: „Wir haben einen guten Sozialstaat. Er gehört gepflegt und nachjustiert, aber nicht abgeschafft.“

SPÖ-Wirtschaftssprecher Christoph Matznetter warf bei der Diskussion ein, dass bei der Darstellung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) nicht alle Tatsachen

abgebildet werden: „Was fehlt, sind etwa Messwerte für Qualität von Leben oder Umwelt.“ Aus diesem Grund plädierte er dafür, den Begriff BIP zu verändern.

Qualitatives Wachstum

„In Zukunft müssen wir von quantitativem zu qualitativem Wachstum kommen“, so SPÖ-Umweltsprecherin Petra Bayr. Sie sagte, dass der soziale Frieden und die Stabilität in der Vergangenheit durch Wirtschaftswachstum erkauft wurden. „Dieser Ansatz passt aber nicht mehr. Die soziale Spannung nimmt spürbar zu.“ Bayr unter-



Fotos: Spiola

SPÖ-Wirtschaftssprecher Christoph Matznetter fordert bei der Enquete eine Begriffsänderung des BIP ein. SPÖ-Sozialsprecherin Renate Csörgits plädierte dafür, die strukturellen Ursachen für Benachteiligungen abzuschaffen.

strich, dass das momentane Wachstum auf Kosten der nächsten Generation gehe. ♦

Medientheorie

Der digitale Wohlfahrtsstaat

Die Digitalisierung schreitet voran. In Österreich sind 2010 mehrere Schritte gelungen, die einen „Digitalen Wohlfahrtsstaat“ voranbringen werden.

Die Informations- und Telekommunikationstechnologien haben seit der Einrichtung des „Kompetenzzentrums für die Internetgesellschaft“ stark an Bedeutung gewonnen. Das Buch „Der digitale Wohlfahrtsstaat“ ist eine Dokumentation dieser Fortschritte und gleichzeitig ein klares Bekenntnis zur Notwendigkeit einer ständigen Weiterentwicklung in den Bereichen Politik, Verwaltung und Wirtschaft. Aufgabe dieses Buches ist es

nicht, endgültige Antworten zu geben. Sehr engagierte Menschen bringen ihre persönliche Meinung zum Ausdruck. Ziel ist es, Diskurswege aufzuzeigen, Know-how zu induzieren und Menschen in Österreich zusammenzubringen, die sich mit der Entwicklung unserer Wissensgesellschaft beschäftigen. Das Buch enthält begleitende Vorworte von Werner Faymann, Doris Bures, Josef Ostermayer und Josef Cap. ♦

Erfahrungsbericht

Reisen in das Land der Kriege

Die Diskrepanz zwischen dem, was der Autor in den Balkankriegen erlebte und dem, wie im Westen darüber berichtet wurde, veranlasste ihn, diesen Bericht zu verfassen.

Aus beruflichen Gründen bereiste Kurt Köpruner in den 1990er Jahren viele Male das damals zerfallende Jugoslawien. Was er dort erlebt hat, entsprach in keinsten Weise dem Bild, das westliche Medien von den Ereignissen am Balkan zeichnen. Sein Bericht blickt hinter die Fassade einer meist propagandistisch gefärbten Schwarz-Weiß-Malerei und zeigt die Verbrechen aller Bürgerkriegsparteien, auch jene der kroatischen Seite in den Küstenstädten, die

hierzulande völlig unbeachtet geblieben sind. Als Augenzeuge der „Dalmatischen Kristallnacht“ macht Köpruner diese Tragödie erstmals einem deutschsprachigen Publikum bewusst. Die Mischung aus Reisebericht und literarischer Aufarbeitung ist bereits 2001 erschienen und hat seither mehrere Auflagen erlebt. Das Buch bietet sowohl einen Einstieg in die Thematik der Balkankriege und deren historische Hintergründe als auch eine persönliche Note. ♦

Roman

Die Teilacher

1972 stirbt David Bermann, der „Einstein unter den Teilachern“. Nach der Beerdigung finden sich Verständig, Fajnbrot und Szoros in ihrem Stammcafé ein. Man redet natürlich über alte Zeiten...

1946, Frankfurt am Main. Ausgerechnet nach Deutschland, ins Land der Täter, sind sie zurückgekommen. David Bermann, Emil Verständig, Max Holzmann und die anderen sind zurück. Fast alle waren aus den Lagern gekommen, oft als einzig Überlebende in ihrer Familie. Und doch ist jetzt Aufbruch angesagt: Tag für Tag sind sie unterwegs, um allerlei Dinge zu verkaufen. Wie viel Kraft hat es gekostet, wieder an Liebe, Nestbau und Zukunft zu glauben?

1972 lauscht der junge Alfred Kleefeld gebannt den Geschichten der alten Männer. Am Ende erfährt er von einer wunderbaren Liebesgeschichte in dunklen Zeiten und von einem Geheimnis, das sein Leben für immer verändern wird. Bergmann erzählt in diesem berührenden und zugleich humorvollen Roman, was sie, die Teilacher, aus ihrem Leben gemacht haben und wie sie sich mit viel Chuzpe durch die wilden Jahre kämpften. ♦

☐ Stk.


Marcin Kotlowski (Hg.):
Der digitale Wohlfahrtsstaat.
echomedia buchverlag,
Wien 2010;
303 S., 29,90 €

☐ Stk.


Kurt Köpruner:
Reisen in das Land der Kriege.
Promedia Druck- und Verlagsgesellschaft m.b.H., Wien 2010;
352 S., 19,90 €

☐ Stk.


Michel Bergmann:
Die Teilacher.
Arche Literatur Verlag AG,
Zürich, Hamburg 2010;
285 S., 20,50

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der **Buchhandlung Löwelstraße**
1014 Wien, Löwelstraße 18
Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534
27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



KOMMUNALPOLITISCHE BUNDESKONFERENZ 2010

Starke Städte und Gemeinden

Die Bundeskonferenz machte einmal mehr klar: Die SPÖ steht für moderne Kommunalpolitik.

Bei der Bundeskonferenz 2010 des Kommunalpolitischen Referats der Sozialdemokratischen Partei Österreichs, die dieses Jahr unter dem Motto „Starke Städte & Gemeinden – sichere Zukunft“ stand, wurde deutlich, dass die SPÖ für eine moderne Politik auf kommunaler Ebene steht. So wurde, um der Problematik zu begegnen, dass sich immer weniger Menschen bereit erklären, sich über das Amt eines Gemeinderates hinaus politisch zu engagieren, eine Resolution zur sozialrechtlichen Absicherung von Gemeindevertreterinnen und -vertretern beschlossen.

Weiters sprachen sich die sozialdemokratischen Gemeindevertreter für die Be-



SPÖ-Nationalratsabgeordneter Kurt Gaßner übergibt den Vorsitz an Bernhard Müller, Parteivorsitzender der SPÖ Wiener Neustadt.

seitigung von Doppelgleisigkeiten und für mehr Transparenz und Effizienz in der Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern, Städten und Gemeinden aus.

Neuer Vorsitzender gewählt

Insgesamt herrschte bei der Bundeskonferenz hervorragende Stimmung. Der Parteivorsitzende der SPÖ Wiener Neustadt Bernhard Müller durfte sich über 96 Prozent Zustimmung bei der Wahl zum neuen Vorsitzenden des kommunalpolitischen Referats freuen. Er folgt damit dem SPÖ-Nationalratsabgeordneten Kurt Gaßner in dieser Funktion nach.

Spannende Vorträge von Peter Biwald (Zentrum für Verwaltungsforschung) und von SPÖ-Wirtschaftsprecher Christoph Matznetter sorgten im Anschluss für eine lebhaft Diskussions mit reger Beteiligung. ♦

SPÖ-BUNDESBILDUNGSKONFERENZ

Mehr Gerechtigkeit durch Bildung

Bei der Bundesbildungskonferenz sprach sich der neu gewählte Bundesbildungsvorsitzende Michael Ludwig dafür aus, im Bildungssystem für mehr Verteilungs- und Chancengerechtigkeit zu sorgen.



Der ehemalige Bundesbildungsvorsitzende Hannes Swoboda mit seinem Nachfolger, Wiens Vizebürgermeister Michael Ludwig, und SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter.

Bildung darf keine Frage des sozialen Status sein. Wir müssen das Bildungssystem für möglichst vie-

Österreich liegt bei den Pro-Kopf-Ausgaben im Bildungsbereich EU-weit an der Spitze. Trotzdem schneidet Öster-

le Menschen öffnen, denn Bildung zahlt sich aus. Es ist Zeit für Gerechtigkeit in der Bildung und durch Bildung“, so der Wiener Vizebürgermeister Michael Ludwig, der mit 98,9 Prozent Zustimmung die Nachfolge von Hannes Swoboda als Bundesbildungsvorsitzender antritt. „Wir brauchen mehr Verteilungsgerechtigkeit im Bildungssystem. Das Schulwesen muss insgesamt effizienter und besser werden“, forderte Ludwig.

Output erhöhen

reich bei internationalen Vergleichen nur durchschnittlich ab. „Hier gibt es viel Verbesserungsbedarf, um den Output zu erhöhen“, sagte Ludwig. Auch die Tatsache, dass nur 16 Prozent der Kinder von Eltern mit Pflichtschulabschluss eine höhere Schule besuchen, zeige dringenden Handlungsbedarf. „Wir haben noch viele Aufgaben vor uns“, so Ludwig. Die geplanten Maßnahmen von Bildungsministerin Claudia Schmied wie die gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen, müssten nun endlich umgesetzt werden, forderte Ludwig mit Verweis auf die ÖVP-Blockadehaltung. „Experten geben uns seit Jahren Recht, dass dies die richtigen Maßnahmen sind, um ein Bildungssystem gerechter und qualitativ besser zu machen“, erläuterte Ludwig. ♦

SALZBURG

Bundesheer-Standort abgesichert



32 Millionen Euro werden in Salzburgs Kasernen investiert. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ein willkommenes Signal für regionale Betriebe.

Mit 4,7 Soldaten pro 1.000 Einwohner hat Salzburg bundesweit die höchste Dichte an Soldaten. „Der erfolgreiche Bundesheer-Standort wird jetzt mit einer Investition in Höhe von 32 Millionen Euro für die Zukunft abgesichert“, freuen sich SPÖ-Wehrsprecher Stefan Prähauser und sein Kollege Peter Pfeifenberger, der SPÖ-Wehrsprecher im Salzburger Landtag ist. „Das ist das höchste Baubudget, das es jemals für Salzburg gegeben hat“, so Prähauser.

Investitionen trotz Sparkurs

In der Amtszeit von Verteidigungsminister Norbert Darabos wurden bzw. wer-



SPÖ Salzburg

„Mit 32 Mio. Euro wird der Bundesheer-Standort Salzburg erfolgreich für die Zukunft abgesichert. Das ist das höchste Baubudget, das es jemals für Salzburg gegeben hat“, betonten die beiden Wehrsprecher der SPÖ, Nationalratsabgeordneter Stefan Prähauser und Landtagsabgeordneter Peter Pfeifenberger.

den von 2007 bis Ende 2010 rund 19 Millionen Euro in Bauvorhaben und Sanierungsmaßnahmen für Salzburgs Kasernen investiert. Für das Jahr 2011 sind für das gesamte Bundesland rund 13

Millionen vorgesehen. „Regionale Firmen haben davon mit rund 70 Prozent profitiert. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ein willkommenes Signal“, so Prähauser. ♦

WIEN

ÖVP Wien blockiert Hausbesorgergesetz



Aus kleingeistigen Gründen will die Wiener ÖVP das bundesweite Hausbesorgergesetz verhindern. Sie ignoriert damit das klare Pro-Votum der Wiener bei der Volksbefragung.

„Das Verhandlungsergebnis auf Ministerbene war durchaus gut“, informierte Bürgermeister Michael Häupl noch vor kurzem. Nun will die Wiener ÖVP, allen voran Obfrau Christine Marek, der SPÖ vor der Wahl offensichtlich keinen Erfolg gönnen und die Wienerinnen und Wiener müssen das ausbaden. Landesparteisekretär Christian Deutsch übt scharfe Kritik am skandalösen Umgang der VP Wien mit den Mitteln der direkten Demokratie: „Die Wienerinnen und Wiener haben mit überwältigender Mehrheit (84 Prozent) für die Schaffung der Möglichkeit gestimmt, dass Hausbesorger mit modernem Berufsbild eingestellt werden können. Mit ihrer Blockadehaltung zeigt die



picturedesk

Die Wienerinnen und Wiener wünschen sich Hausbesorger. Die SPÖ Wien nimmt ihre Anliegen und Bedürfnisse ernst.

ÖVP deutlich, was sie von der Meinung der Bevölkerung hält: Nämlich nichts!“

Wiener Probeläufe im Herbst

Die weitere Vorgangsweise hat Bürgermeister Häupl bereits angekündigt. So ist

fix, dass die Stadt Wien im Herbst Probeläufe mit Hausbesorgern in Gemeindebauten starten wird. Das ist der Stadt als Eigentümerin möglich. Selbstverständlich werden die Bewohnerinnen und Bewohner der jeweiligen Anlagen zuvor dazu befragt. ♦



privat

Mietrecht braucht soziale Leitplanken

„Wohnen ist ein Grundbedürfnis“ – dieser Satz kommt Politikern aller politischen Lager sehr leicht von den Lippen. Was er aber in der Praxis bedeutet, da gehen die Meinungen sehr weit auseinander.

„Vermieter und Mieter bilden zwei Seiten einer Medaille – sie brauchen einander.“

**Bundesgeschäftsführerin
der Mietervereinigung, Nadja Shah**

Eigentum ist heilig“ – ein Satz, den ich in den letzten Jahren immer öfter von Seiten konservativer Politiker und Politikerinnen sowie Interessensvertretern der Immobilienwirtschaft höre. Ohne das Grundrecht des Eigentums würde unser Gesellschaftssystem zusammenbrechen, wird dann gerne noch hinzugefügt.

Staatliche Vorgaben unnötig?

In einer Gesellschaft, die so reich ist wie die unsere, muss es außer Streit stehen, dass „wohnversorgt sein“ eine Voraussetzung dafür ist, in unserer Gesellschaft das eigene Leben aktiv gestalten zu können. Der Großteil der Österreicherinnen und Österreicher ist wohnversorgt. Reicht das? Kann sich die Politik nun aus dem Bereich „Wohnen“ zurückziehen und den dort tätigen Akteuren das Feld überlassen? Ein nicht unbeachtlicher Teil der in Österreich lebenden Menschen scheint das so zu sehen – staatliche Vorgaben sind unnötig, die Vertragsparteien machen sich alles autonom aus, das Zivilrecht regelt alles.

Zwei Seiten einer Medaille

Wir von der Mietervereinigung sehen das ein wenig anders. Vermieter und Mieter bilden zwei Seiten einer Medaille – sie brauchen einander. Es sind die Mieter, die durch ihren finanziellen Beitrag den Erhalt der Gebäude sicherstellen und es sind die Vermieter, die durch ihren Einsatz die Errich-



Weingartner

„Wohnversorgt sein“ ist die Voraussetzung dafür, sein Leben aktiv gestalten zu können.

tung dieser Häuser ermöglichen. Letztlich sind alle Gebäude Teil unser aller Infrastruktur und können daher über ihren eigentlichen Daseinszweck hinaus ihre nähere Umgebung positiv verstärken oder aber das Gegenteil bewirken.

Faires Miteinander absichern

In einer Zeit, in der das persönliche Gewinnstreben einen neuen Höhepunkt erreicht hat, wäre es geradezu fahrlässig und für unsere Gesellschaft gefährlich, so zu tun, als bräuhete es keine rechtlichen Leitplanken, um ein faires Miteinander abzusichern. Die Wahlfreiheit, ob jemand in Miete oder Eigentum sein Glück sucht, war jahrzehntelang ein Grundsatz der Sozialdemokratie, der auch weiterhin seine Gültigkeit hat. Dazu gehören drei Säulen: Preisschutz, Kündigungsschutz, Bestandsschutz.

„Wohnen 2020“ heißt faires Wohnen

Ein (sozial) nachhaltiges Mietrecht, in dem diese Leitplanken ihren festen Platz haben und das für alle Mietverhältnisse in Österreich gleich anwendbar ist, muss daher unser Ziel sein. Wohnen 2020 heißt für uns daher faires Wohnen. Dazu gehört unter anderem, dass es leistbar sein muss, dass darüber auf Augenhöhe verhandelt werden kann und, dass es ein Leben in einer gesunden positiven Umgebung ermöglicht. ♦

Nadja Shah ist seit 1998 als leitende Juristin in der Mietervereinigung Österreichs tätig und seit 2008 dortige Bundesgeschäftsführerin.

TERMINKALENDER

Samstag, 3. 6.

Demo

Seit ihrer ersten Durchführung im Jahr 1996 hat sich die Regenbogenparade nicht nur zum wichtigsten Event der Lesben-, Schwulen- und Transgender-Bewegung entwickelt, sondern auch zu einem bedeutenden Symbol für eine Kultur der Solidarität, Toleranz und Gleichberechtigung. Dieses Jahr soll mit dem Motto „We are family!“ darauf aufmerksam gemacht werden, dass Lesben und Schwule nicht nur eine große Familie sind, sondern auch, dass sie in Familien leben. Demonstriert wird u.a. für das Recht gleichgeschlechtlicher Paare auf Adoption. Der bunte Demonstrationszug wird sich wieder vom Stadtpark aus über die Ringstraße, vorbei an Urania, Schwedenplatz, Ringturm, Börse, Universität, Rathausplatz, Parlament und Oper bis zum Schwarzenbergplatz bewegen, wo bei freiem Zutritt die große Open-Air-Schlussveranstaltung stattfindet, an der auch Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek und Nationalratsabgeordnete Petra Bayr teilnehmen werden.

Informationen: www.hosiwien.at

Beginn: 13.00 Uhr

Ausgangspunkt: Stadtpark

Abschlussveranstaltung:

Schwarzenbergplatz

Samstag, 3. 7. – Sonntag, 12. 9.

Open-Air-Kino

Dieses Jahr steht der Rathausplatz von 3. bis 11. Juli und von 19. Juli bis 12. September 2010 wieder ganz im Zeichen des schon zur Tradition gewordenen Wiener Rathausplatz Film Festivals. Bereits zum 20. Mal begeistert es

die bis zu 700.000 Besucher mit Musik-, Opern- und Tanzfilmen, einzigartigem Ambiente, Musik und internationaler Gastronomie. An 65 Abenden werden mehr als 40 Programmpunkte bei freiem Eintritt zu sehen sein. Im Rampenlicht des Festivals stehen Gustav Mahler, Frederique Chopin und Leonard Bernstein. Ganz nach dem Motto „Miteinander findet Stadt“ gibt es auch beim diesjährigen Film Festival wieder zahlreiche Maßnahmen für Menschen mit Behinderungen. Informationen: www.wien-event.at

Beginn: jeweils bei Einbruch der

Dunkelheit

Wiener Rathausplatz

Montag, 5. 7.

Ausstellungseröffnung

In den 1920er Jahren verwirklichte die sozialdemokratische Stadtregierung des „Roten Wien“ ein ungeheures Bauvolumen von über 65.000 Wohnungen und Siedlungsgruppen. Noch beachtlicher als die Quantität war die Qualität dieser neuen Sozialwohnungen, die nicht nur Wohnen erschwinglich machte, sondern auch ein breites Angebot an Infrastruktur für den täglichen Bedarf sowie kollektive Einrichtungen und Orte der solidarisierten Kommunikation, vorsahen. Den Absolventen der Architekturschule Otto Wagners an der Akademie der bildenden Künste in Wien kommt innerhalb des Wohnbauprogramms eine besondere Bedeutung zu. Die Ausstellung „Wagner-Schule: Rotes Wien. Architektur als soziale Utopie“ wird noch bis zum 28.8. zu sehen sein.

Beginn: 19 Uhr

WAGNER:WERK Museum Postsparkasse der BAWAG PSK

Georg Coch-Platz 2

1018 Wien

Mittwoch, 7. 7.

Diskussionsveranstaltung

„Europa in der Krise“ lautet der Titel der Kooperationsveranstaltung des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Wien und des Renner-Instituts. Die Errungenschaften des Sozialstaates, auf welche die europäischen Staaten mit Recht sehr stolz sind, fallen zurzeit immer mehr den angekündigten Sparpaketen zum Opfer. Über das „Europa in der Krise“ diskutieren an diesem Abend Vanessa Redak, Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (BEIGEWUM), Brigitte Aulenbacher (Johannes-Kepler-Universität Linz), Frank Deppe (Universität Marburg) und Almar Altvater (Freie Universität Berlin)

Information und Anmeldung:

Tel.: 01 804 65 01, post@renner-institut.at

Beginn: 18.00 Uhr

Juridicum, Dachsaal

Schottenbastei 10-16

1010 Wien

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Chefredakteur: Alexander Lutz, Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler, Redaktion: Markus Bacher, Mag^a Regine Bohrn, Mag. Gerald Demmel, Mag^a Birgit Jung, Martin Oppenauer, Andreas Strobl, Susanne Vockenhuber
Bildredaktion: Emil Goldberg
Layout: Thomas Lehmann, Coverfoto: Zinner
Bildbearbeitung: Max Stohanzl,
Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275,
Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels & Verlags GmbH, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97
Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt, E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at

NET NEWS

www.evelyn-regner.at

Neue Webseite für Evelyn Regner

Evelyn Regner ist seit Juli 2009 Europaabgeordnete und stellvertretende Delegationsleiterin der SPÖ-EU-Abgeordneten in Brüssel. Nun präsentiert sie sich und ihre Arbeit mit einer neuen Webseite, mit Texten im Blog-Format, Fotos, Youtube-Videos und Regners Twittereinträgen. Aber es ist auch möglich alle Reden unserer Abgeordneten im Europäischen Parlament abzurufen, ihre Berichte, Stellungnahmen und Parlamentarischen Anfragen sowie Zahlen,

Fakten Daten aus dem Bereich ihrer Tätigkeit. Über die Homepage erreicht man auch Regners Twitter-Seite. Die Themen reichen von „Gerechte Arbeitsverhältnisse für alle!“ über „Studie zu Finanzmarktkrise – Wer soll das bezahlen?“ bis zu den Problemen mit dem Derivate-Handel. Wer mehr über die Arbeit einer EU-Parlamentarierin wissen möchte oder sich ein Bild über Evelyn Regner machen möchte, surft auf www.evelyn-regner.at.





Prominenter Besuch beim Donauinselfest

Zum heurigen 27. Donauinselfest kamen bei strahlendem Sonnenschein und friedlicher Stimmung 3 Millionen Gäste, darunter auch Wiens Bürgermeister Michael Häupl und Bundeskanzler Werner Faymann. Veranstaltet wurde es traditionell von der Wiener SPÖ.



Besuch aus Serbien

Serbiens Präsident Boris Tadić war dieser Tage auf Arbeitsbesuch in Österreich. Beim Gespräch mit Bundeskanzler Werner Faymann wurde unter anderem die Annäherung Serbiens an die EU besprochen.



Burgenländischer Besuch beim Bundespräsident

Hans Niessl wurde am 28. Juni von Bundespräsident Heinz Fischer als burgenländischer Landeshauptmann angelobt. Niessl startet damit in die dritte Amtsperiode.



Ministerieller Besuch beim Spatenstich

Bildungsministerin Claudia Schmied besuchte kürzlich eine Schulfeier in Oberndorf (Salzburg) anlässlich des Spatenstichs für das Schulgebäude HAS/HAK und Polytechnische Schule. Auch Landeshauptfrau Gabi Burgstaller nahm an dem Festakt teil.